

Wir, DIE DEMOKRATEN, haben die politisch und ökonomisch orientierte Gesinnung in deren Mittelpunkt die Grundsätze stehen:

1. Alle Menschen sind von Natur gleich und unabhängig. Sie haben bestimmte angeborene und unveräußerliche Rechte, deren sie ihre Nachkommenschaft nicht berauben können. Namentlich das Recht auf Genuss von Leben, Freiheit und Bildung. Besonders Erwerb von Besitz und Eigentum und Schutz desselben. Erstreben von Glück und Sicherheit und Verantwortung gegenüber der Res Publica.
2. Alle Gewalten liegen beim Volk und sind diese, unter Wahrung der Herrschaft des Rechts, von diesem abzuleiten.
3. Die Obrigkeiten sind nur Treuhänder und Diener des Volkes und nur ihm für alle Zeiten verantwortlich.

Unser Programm

Grundrechte, Staat, Verfassung und Demokratie

Kern unserer politischen Überzeugung ist die Wahrung der Freiheit und Würde des Menschen.

Diesem Ziel dienen Schutz und Weiterentwicklung der Grund- und Menschenrechte als zentrales Instrument liberaler Gesellschaftspolitik. Wir treten für ein evolutionäres Grundrechtsverständnis ein und fordern, dass der österreichische Grundrechtskatalog auf internationalen Standard gebracht wird.

Wir bekennen uns zu einem republikanischen, demokratischen, antitotalitären und antifaschistischen Staat.

Im Interesse der Maximierung der Freiheit des einzelnen, als mündigen Staatsbürger, ist der Staatseinfluss auf das unumgänglich notwendige Maß einzuschränken.

Wir sehen in einem föderalistischen, nach dem Subsidiaritätsprinzip organisierten Staatsaufbau die bestmögliche staatsrechtliche Grundlage für die Verwirklichung einer offenen Gesellschaft.

Wir bekennen uns zu einer rechtsstaatlichen Verfassung und verbinden dieses Bekenntnis mit der Forderung, die Realverfassung mit der Formalverfassung im Sinne liberaler Grundsätze zu harmonisieren. Wir fordern insbesondere, die Rechte von Minderheiten und nicht adäquat repräsentierten gesellschaftlichen Gruppen auf allen Ebenen des politischen Prozesses klarer zu verankern und sorgfältiger zu wahren.

Wir bekennen uns zu einer Stärkung der parlamentarischen Demokratie sowohl in der Rechtsordnung als auch in der politischen Praxis. Dazu halten wir den Ausbau der Rechte und Ressourcen des Parlaments und der Parlamentarier, sowie ein Zurückdrängen, insbesondere korporativ organisierter, Interessen für vordergründlich. Wir treten zudem gegen die Aushöhlung der parlamentarischen Finanzkontrolle, etwa durch die Verwendung privater Rechtsformen zur Erfüllung staatlicher Aufgaben ein und fordern die Bestellung der hohen Richter durch das Parlament.

Uns Demokraten ist der Ausbau demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten ein besonderes Anliegen. Bürgerbeteiligung bei

Planungsvorhaben, verbesserter Zugang zu den Instrumenten Volksbegehren und Bürgerpetition sowie aktives und passives Wahlrecht für Ausländer auf Kommunalebene sind Mittel, engagierte Bürger stärker in das politische Geschehen einzubinden. Die Direktwahl der Landes- und Bezirkshauptleute und ein gemischtes, mit glaubwürdigen Elementen eines Persönlichkeitswahlrechtes ergänztes Wahlrecht auf Bundesebene sind weitere Kernpunkte unseres Demokratieverständnisses.

Staatliches Handeln hat in jedem Fall grundrechtskonform zu sein. Wir Demokraten befürworten die faktische und rechtliche Stärkung kontrollierender Instanzen gegenüber der Exekutive. Wir treten daher für die Möglichkeit einer verstärkten Kontrolle der Verwaltung ein. Die Kontrolle der Finanzgebarung von Gebietskörperschaften und regulierten Staatsmonopolen hat verstärkt unter dem Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit zu erfolgen und durch effektive Sanktionsmöglichkeiten ergänzt zu werden.

Gesellschaft und Recht

Jede Gesellschaft ist stetem Wandel unterworfen, was von Liberalen als Prinzip angesehen und als Chance begriffen wird. Da als erste und höchste Werte die Freiheit und die Würde des Menschen zu gelten hat, ist die Gesellschaft verpflichtet, diesen Wandel durch kontinuierliche Weiterentwicklung der Rechtsordnung Rechnung zu tragen.

Es ist unser Ziel, die Gesellschaft so zu gestalten, dass der Einzelne frei von staatlichen oder kollektiven Zwängen über seinen Lebensplan oder seine Lebensform entscheiden kann. In einer offenen Gesellschaft wird dieses Selbstbestimmungsrecht durch die entsprechenden Rechte anderer und das Recht kommender Generationen, in einer lebenswerten Welt leben zu können, begrenzt.

Gegen die Tendenz von Staat und Verwaltung, immer mehr regeln zu wollen, stellen wir Demokraten den Grundsatz, dass der Staat so wenig wie möglich, aber soviel wie nötig zur Formung einer offenen Gesellschaft in selbständige gesellschaftliche Strukturen einzugreifen haben. Der legitime Einflussbereich des Staates ist daher neu abzustecken:

- ? Der Staat setzt innerhalb des ihm zugestandenen Bereiches der Spielregeln gesellschaftlicher Abläufe und garantiert deren Einhaltung
- ? Der Staat hat die Freiheitsrechte der Bürger gegenüber gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Druck zu schützen.
- ? Der Staat hat sich aus Bereichen in denen er die Entfaltungsmöglichkeiten- und rechte der Einzelnen zu behindern, zurückzuziehen.
- ? Eine Rechtsordnung muss von der Akzeptanz der Gesellschaft getragen sein. Rein ligistische Reformen reichen nicht aus, um die Haltung von Toleranz und das Geltendlassen von anderen Lebensentwürfe und Wertbegriffe zu fördern; das nötige Bewusstsein muss von der Gesellschaft mitgetragen sein und darf im Sinne einer von ihren Bürgern akzeptierten, offenen Gesellschaft von der Politik nicht leichtfertig zersetzt werden.

Wir Demokraten fordern daher den Schutz menschlicher Würde und die konsequente Beachtung der Menschenrechte in Rechtsetzung, Rechtsprechung und Vollziehung. Auch Strafrecht darf nicht auf dem Rachedenken, sondern muss auf dem Grundsatz der Sicherung der Gesellschaft basieren. Wir treten weiters dafür ein, dass jene Bestimmungen aus unserer Rechtsordnung entfernt werden sollen, die

als Ausfluss von Ideologien, die Freiheit des einzelnen über Gebühr und ohne zwingende Begründung einschränken.

Arbeitswelt und Soziales

Wir Demokraten vertrauen auf Initiative und Eigenverantwortlichkeit des Menschen für sich und seine eigene Umgebung. Dies schließt die Verpflichtung zur individuellen Vorsorge mit ein. Wir sind uns jedoch bewusst, dass die materiellen Voraussetzungen für eine offene Gesellschaft nicht ohne Rückgriff auf Formen staatlichen Handelns, die über das Gestalten rechtlichen Rahmenbedingungen hinausgehen, zu verwirklichen und zu erhalten sind.

Libérale Sozialpolitik hat ein Mindestmaß an materieller Chancengleichheit einzufordern. Diese Forderung schließt eine lebenswerte Umwelt ebenso ein, wie den erschwinglichen Zugang zu Bildung, Wohnen und einem menschenwürdigen Gesundheits- und Pflegesystem. In der Umsetzung dieser Vorbedingungen für eine offene Gesellschaft haben wir Demokraten dafür zu sorgen, dass Leistungsprinzip und selbstregulierende, marktwirtschaftliche Strukturen nicht durch einen bürokratischen Versorgungsstaat ausgehöhlt werden.

Libérale Sozialpolitik hat die spezifischen Probleme strukturell benachteiligter sozialer Gruppen, insbesondere die der Kranken, alten und/oder jungen Menschen zu berücksichtigen. Ein zentrales Anliegen ist uns die Förderung nach der rechtlichen und faktischen Gleichstellung unterschiedlicher Formen von Lebensgemeinschaften und Erziehungsmodellen.

Wir Demokraten gehen davon aus, dass der Sozialstaat nach dem Prinzip "Hilfe zur Selbsthilfe" unterstützen und dem Subsidiaritätsprinzip gemäß private Initiative ergänzen. Es ist uns selbstverständlich, dass sozialstaatliche Interventionen erst dann zu vollumfänglicher und zeitlich nicht limitierter Versorgung anwachsen dürfen, wenn alle vertretbaren Möglichkeiten privater Initiative ausgeschöpft sind. Die Gestaltung des eigenen Lebens und die Erhaltung gemeinschaftlicher Einrichtungen erfordert vom Einzelnen Arbeit. Der Wert dieser Arbeit ist unabhängig davon zu sehen, ob sie mit wirtschaftlichem Gewinn oder vertraglichem Entgelt verbunden ist oder ob sie ohne vertragliches Entgelt, etwa im eigenen sozialen Umfeld geleistet wird. Insbesondere dürfen Alter, Geschlecht, Rasse oder Staatsbürgerschaft keinen Einfluss auf Bewertung und Bezahlung geleisteter Arbeit haben.

Wir Demokraten bekennen uns zum Grundrecht Arbeit als ein wesentliches Element der Selbstverwirklichung der Menschen. In diesem Zusammenhang ist uns die Befreiung der Bürger von einer anonymen Umverteilungsbürokratie ein besonderes Anliegen. Eine Steuerreform die einerseits durch eine Negativsteuer Transparenz schafft und andererseits Wahlmöglichkeiten über den Verwendungszweck zu leistender Steuerzahlungen ermöglicht, kann dazu beitragen, Verantwortungsgefühl und Selbständigkeit der Steuerzahler wiederherzustellen.

Hohe Priorität kommt der menschenwürdigen Gestaltung von Arbeitsplätzen zu.

Libérale Politik tritt daher für eine möglichst überschaubare und flexible Organisation menschlicher Arbeit ein. Dies schließt breite betriebliche Mitbestimmung ebenso ein, wie Wahlmöglichkeiten in der Organisation privat geleisteter Arbeit.



Wirtschaft

Wir Demokraten bekennen uns zu Marktwirtschaft und freiem Handel als historisch bisher erfolgreichste Organisationsformen wirtschaftlicher Aktivitäten. Privates Eigentum und Wettbewerb unter gleichberechtigten Partnern sind die beste Voraussetzung für Innovation und optimale Nutzung von Ressourcen.

Wirtschaftliches Handeln darf nicht die ökologischen Grundlagen der Gesellschaft und einzelner Gruppen zerstören. Wir fordern, über den radikalen Umbau des Steuersystems hin zu einer Besteuerung des Ressourcenverbrauchs und weitreichende ordnungspolitische Maßnahmen auf das Entstehen einer umweltverträglichen, ressourcenschonenden und auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Form des Wirtschaftens hinzuwirken.

Marktwirtschaft bedarf eines adäquaten ordnungspolitischen Rahmens. Angesichts des rasanten technologischen Wandels und des wesentlich dadurch bestimmten verschärften Wirtschaftsordnungen halten wir eine tief greifende Reform des ordnungspolitischen Rahmens der österreichischen Wirtschaft entlang liberaler, d.h. flexibler, individuelle Initiative fördernder und Wandel aufgeschlossener Prinzipien für unumgänglich notwendig.

Rein (Markt)wirtschaftlichem Handeln ist von der Gesellschaft dort Grenzen zu setzen, wo Grundrechte von einzelnen oder Gruppen verletzt werden oder durch demotivierend ungleich verteilte Potentiale der Grundsatz der Chancengleichheit dauerhaft verletzt wird. Hohen Stellenwert hat uns Demokraten daher das laufende Zurückdrängen von Machtkonzentrationen, sei es in Form rein wirtschaftlicher Dominanz oder der Verflechtung von wirtschaftlicher und politischer Macht.

Wir treten dafür ein, dass sich staatliche Intervention wieder stärker ordnungspolitischer und nicht verteilungspolitischer Instrumente bedient. Dem weiteren Ausbau des Wohlfahrtsstaates sind keine budgetären Grenzen gesetzt. Wir fordern die Rückkehr zur Subjektförderung in Verbindung mit einer negativen Einkommensteuer, um die Bürger von der Entmündigung durch eine anonyme Umverteilungsbürokratie zu befreien und Eigeninitiative bzw. Verantwortungsgefühl zu stärken.

Wir Demokraten treten dafür ein, dass sich der Staat jeglicher privatwirtschaftlicher Tätigkeit enthält. Wir fordern weiters die sukzessive Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Prinzipien in dauerhaft subventionierten Sektoren. In diesem Zusammenhang ist uns die Öffnung bislang geschützter Sektoren für wirtschaftlichen Wettbewerb sowohl aus wirtschafts- als auch aus demokratiepolitischer Sicht ein zentrales Anliegen.

Wir bekennen uns zur Erhaltung funktionsfähiger landwirtschaftlicher Strukturen. Die notwendige und sinnvolle Subventionierung bäuerlicher Strukturen ist jedoch nicht gleich zu setzen mit der kritiklosen Förderung vor- und nachgelagerter Sektoren.

Dem Grad der außenwirtschaftlichen Verflechtung Österreichs entspricht unser Bekenntnis zu einem an liberalen Prinzipien orientierten Welthandelsregime und zum sukzessiven Abbau diskriminierender Zölle und Subventionen.



Umwelt, Mitwelt

Der Mensch ist ein Teil der Natur, von der er lebt. Wie jedes Lebewesen verändert er allein durch seine Existenz seine Umwelt. Wir Demokraten sehen in der Fähigkeit des Menschen, über sich selbst nachzudenken und seine Begrenzungen überwinden zu können, den entscheidenden Unterschied zu allen anderen Lebewesen. Der Mensch hat daher als Einzelner, wie als Gesellschaft die volle Verantwortung für sein Handeln zu tragen.

Der Mensch hat das Recht, die Erde durch sein Eingreifen planend zu gestalten, um sich in Abstimmung mit natürlichen Gegebenheiten gedeihliche Lebensbedingungen zu schaffen. Aus dem wachsenden Verständnis der Funktion komplexer Regelkreise wissen wir aber auch, um die Notwendigkeit freiwilliger Selbstbeschränkung. Nur so können wir unserer Verantwortung und Solidarität gegenüber den Geschöpfen der Mitwelt gerecht werden. Die Verantwortlichkeit des Menschen bedeutet für Liberale eine Grundhaltung, die ein respektvolles und partnerschaftliches Verhältnis zur Natur und den anderen Lebewesen einschließt.

Wir Demokraten fordern daher, dass die Nutzung von Ressourcen immer auch die Rechte indirekt Betroffener und nachfolgender Generationen zu berücksichtigen hat. Gemäß dem liberalen Verständnis von Eigenverantwortung und Mündigkeit sind dem Verantwortungs- Verursacher- und Reparaturprinzip zum Durchbruch zu verhelfen.

Ökologische Probleme manifestieren sich als soziale Probleme. In immer stärker werdendem Maße definieren sich individuelle und gesellschaftliche Freiheit über die Möglichkeit, in intakten Lebenswelten aufwachsen, leben und/oder arbeiten zu können. Die Wahrnehmung von Eigenverantwortung setzt gerade in diesem Kontext die Möglichkeit zu gleichberechtigter Artikulation voraus. Wir Demokraten treten daher für den Ausbau demokratischer Mitbestimmung gerade auch zur Lösung ökologischer Konflikte ein.

Ökologische Probleme sind Indikatoren für wirtschaftliche Fehlentwicklungen. Langfristig kann nur eine ökologisch verträgliche Wirtschaft Wohlstand garantieren. Wir Demokraten fordern daher die bestmögliche Integration ökologischer Parameter in wirtschaftliche Entscheidungen. Wir fordern, über verstärkte Mitsprachemöglichkeiten indirekt Betroffener und eine aktive, auf technologische Innovation und unternehmerische Initiative setzende Wirtschaft, die die Integration ökologischer Parameter in wirtschaftliche Entscheidungen erleichtert.

Die Begrenzung ökologischer Schäden durch die moderne Industriegesellschaft erfordert und rechtfertigt in unserem Verständnis einschneidende politische Entscheidungen. Dabei ist Energiesparen Vorrang vor der Erschließung neuer Energiequellen, Schadstoffvermeidung Vorrang vor Filter und Entsorgungslösungen zu geben. Die Reduktion des Verkehrsaufkommens bei Erhaltung der Mobilität verlangt eine gezielte Raumordnungspolitik zugunsten kollektiver und schadstoffoptimierender Transportformen. Landwirtschaftliche Produktionsformen sind verstärkt an ökologischen Kriterien zu orientieren, und dem Schutz der Grundlagen (Wasser, Boden) ist höchstes Augenmerk zuzuwenden.

Wir gehen davon aus, dass sich die Zukunft moderner Industriegesellschaften und pluralistischer Demokratien langfristig an ihrer Fähigkeit, ökologisch verträgliche Lebens-, Arbeits- und Produktionsformen sowohl für die Erste, wie für die Dritte und Vierte Welt zu entwickeln, entscheiden wird. Wir verstehen daher kurzfristig

notwendige Maßnahmen, als wichtige, aber zweifellos nicht hinreichende Schritte auf dem Weg zu einer nachhaltigen, d.h. kreislauforientiert und ressourcenschonend wirtschaftende Weltgesellschaft.

Bildung, Forschung, Kultur, Medien und Wissenschaft

Wir Demokraten bekennen uns zur abendländisch-europäischen Kulturtradition. In der spezifischen Kultur Österreichs sehen wir ein eigenständiges Ergebnis der Verschmelzung verschiedener kultureller Strömungen.

Wir setzen uns dafür ein, das geistige Leben Österreichs offen zu halten für eine Vielfalt von Strömungen, mögen sie ihre Wurzeln innerhalb oder außerhalb unseres Kulturkreises zu haben. Liberale Kulturpolitik hat daher auf ein gesellschaftliches Umfeld hinzuwirken, in dem das Verständnis der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen füreinander verbessert wird, die Kritikfähigkeit und Kritikbereitschaft des einzelnen Menschen angeregt und seine Ausdruckfähigkeit und Sensibilität erweitert wird.

Uns Demokraten ist die Freiheit der kulturellen Ausdrucksformen ein laufend zu sicherndes Grundrecht. Wir fordern eine aktive, an den Prinzipien der Toleranz und Modernität orientierte Kulturpolitik, welche die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen als Reichtum begreift und vor Diskriminierungen und Vereinnahmungen schützt.

Wir Demokraten bekennen uns zum Bürgerrecht Bildung. Wir bekennen uns zu einem umfassenden Bildungsauftrag im Sinne eines ständigen Austausches kultureller Werte und Inhalte. Oberste Bildungsziele sind Selbstbewusstsein, Mündigkeit, Toleranz und Verantwortungsbewusstsein sowie die Bereitschaft zur Weiterentwicklung der eigenen Fähigkeiten.

Wir Demokraten fordern daher ein Bildungssystem, das den bestmöglichen Austausch von Informationen und Personen garantiert und institutionalisiert.

Als Voraussetzung dafür sehen wir einen breiten Zugang zu offenen, entbürokratisierten und der Bevormundung durch die politischen Parteien entzogenen Bildungseinrichtungen von höchster Qualität an. Im Bereich schulischer Ausbildung treten wir dafür ein, den Zeitpunkt der Entscheidung über die gewünschte Ausbildung später anzusetzen, sowie ein zeitlich und inhaltlich möglichst breites und den Anforderungen einer modernen Gesellschaft entsprechendes Ausbildungsspektrum bei verbesserten Umstiegsmöglichkeiten anzubieten und anzusetzen.

Wir Demokraten fühlen uns dem Fortschritt in dem Sinne verbunden, indem dieser zur ständigen Verbesserung der Lebensbedingungen des Menschen auf Erden beiträgt. Ein solcher Fortschritt kann jedoch nur durch intensive wissenschaftliche Forschung erreicht werden. Daher ist die Förderung der Forschung ein wesentliches Anliegen der Demokraten, um so die segensreichen Ergebnisse der Forschung der gesamten Menschheit zugute kommen zu lassen.

Die Lehr- und Lernfreiheit ist daher auf alle Fälle zu gewährleisten und darf nicht durch parteipolitische Zwecke eingeschränkt werden. Der Nationalrat und die Regierung haben dafür Sorge zu tragen, dass der

wissenschaftlichen Forschung solche steuerlichen Erleichterungen gewährt werden, die den gesamten Aufwand dem Forschungstreibenden ersetzt. Die Höhe dieser Steuerförderungen soll zumindest 3 % des jeweiligen BIP erreichen. Angestrebt werden soll.

Die Demokraten streben an, dass dieses Kapitel Verfassungsrang erhalten soll.

Außenpolitik

Zentrale Bezugspunkte liberaler Außenpolitik sind die Erhaltung des Friedens und die Achtung und Durchsetzung von Menschenrechten und des Völkerrechts als Ausdruck der liberalen Forderung nach Freiheit und Selbstbestimmung aller Völker.

Wir Demokraten bekennen uns daher zu einer aktiven außenpolitischen Rolle Österreichs insbesondere im Rahmen der UNO. Die Teilnahme an friedenssichernden und -schaffenden Maßnahmen wie das Eintreten für eine Strukturreform sollen dazu beitragen, die UNO nach dem Ende des Ost-West Konflikts die Funktion zu einer weltweiten, Frieden und Menschenrechten verpflichteten Ordnungsmacht zu entwickeln.

Wir bekennen uns zur Notwendigkeit einer möglichst umfassenden, auf den Prinzipien der Menschenrechte und Selbstbestimmung basierenden Integration Europas unter bewusster Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Staaten. Der rasche Beitritt Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften ist für uns mit der Erwartung einer aktiven Rolle Österreichs in der Weiterentwicklung bzw. Umgestaltung der EU, insbesondere in Hinblick auf eine Stärkung demokratischer, subsidiärer und föderalistischer Strukturen verbunden.

Ein glaubwürdiges Bekenntnis zu Europa wie die besondere sicherheitspolitische Situation Österreichs machen aus liberaler Perspektive eine aktive Teilnahme Österreichs an einem entstehenden europäischen Sicherheitssystem unabdingbar. Der hohe Stellenwert der Neutralität Österreichs wurzelt in ihrer Bedeutung als Instrument einer in der Vergangenheit erfolgreichen sicherheitspolitischen Konzeption.

Wir Demokraten bekennen uns aus der Verantwortung Österreichs gegenüber seinen Nachbarstaaten und Regionen zum Ausbau und zur Vertiefung regionaler Kooperationen. Eine aktive Nachbarschaftspolitik hat insbesondere zur Stabilisierung demokratischer und marktwirtschaftlicher Strukturen in den Reformländern Ost- und Mitteleuropas beizutragen.

Wir treten dafür ein, dass sich Österreichs Mitarbeit in internationalen Gremien, insbesondere in Fragen des internationalen Handelsregimes, der grenzüberschreitenden Umweltpolitik, der Frage der Menschenrechte und der Entwicklungspolitik verstärkt an liberalen, d.h. an Offenheit, Fairness und Chancengleichheit für alle internationalen Akteure orientiert.